

Beredtes Schweigen

Erwiderung zu „Aufgewärmte Vorurteile“, Rente/Pension, 28.12.

Leser Werner Dörr hat sicher recht, wenn er für einen Vergleich von Renten und Pensionen verlangt, „alle Details einzubeziehen“ und wenigstens die Fakten zu kennen. Leider hält er sich selbst nicht daran. Es trifft zu, dass die Pensionen in den letzten Jahren weniger gestiegen sind als die Renten. Leider verschweigt Herr Dörr aber, dass die Pensionen deutlich höher sind als die Renten: Beamte bekommen 71,5 Prozent des letzten Gehalts, Angestellte 48 Prozent des Gehalts aus dem Durchschnitt ihrer 45 Versicherungsjahre. Es ist immer das Gleiche mit den Beamten und ihren Funktionären: Geht es um die jährliche Anpassung, dann verlangen sie energisch Gleichbehandlung mit den Renten; geht es aber um die absolute Höhe, dann schweigen sie diskret. Wenn man Beamte in die gesetzliche Sozialversicherung einbezieht, dann könnte man Gehälter und Altersbezüge eins zu eins 1:1 vergleichen, und die ganzen Diskussionen ließen sich vermeiden. Dagegen wehren sich die Beamten aber. Warum wohl?

Mir ist bewusst, dass Beamte in der Regel brutto weniger verdienen als vergleichbare Angestellte (Lehrer!) und dass sie trotz Beihilfe einen Teil ihrer Krankheitskosten privat versichern müssen. Hier helfen Zahlen statt pauschaler Argumente. Das habe ich oft genug vorgerechnet: Netto geht es den Beamten – auch im Ruhestand – deutlich besser. Wenn ein Beamter eine ganze vierköpfige Familie privat versichern muss und wenn der zum Vergleich herangezogene Angestellte im Alter eine Zusatzversicherung erhält, dann bewegen sich beide netto vielleicht auf ähnlichem Niveau – aber nur dann. Michael Hamke, Bad Soden

Diskussion: frblog.de/lf-20211220

SORRY

In unserem Artikel „Omikron unter der Lupe“ (7.1., S.27) schrieben wir das Corona-Medikament Molnupiravir dem Hersteller „Merck, USA“ zu. Der ist nicht mit dem Unternehmen Merck mit Sitz in Darmstadt identisch. Das US-Unternehmen gibt seinen Namen selbst so an: „MSD, in den USA und Kanada bekannt als Merck & Co., Inc., Kenilworth, NJ, USA“.

Der neue Roman von Michel Houellebecq hat 624 Seiten, nicht 24, wie es am Schluss unserer Rezension vom 8.1., S.28 hieß.

Wir haben im FR7 am 8.1. (S.3-5) leider vergessen, die Interviewerin zu benennen, die das Gespräch mit Birgit Minichmayr geführt hat. Mit der Bitte um Entschuldigung: Christina Bylow.

In der Infobox zum Artikel „Grüne Preisspirale“ (10.1., S.3) schrieben wir, 9,32 US-Dollar sei der Preis für eine Tonne Kupfer. Richtig ist: So viel kostete zeitweise ein Kilo. Der Preis schwankt.



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zusage auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20220110

FR ERLEBEN

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen. Aktuelle Informationen zu möglicher Präsenzteilnahme unter club-voltaire.de. Teilnahme per Video unter fr.de/hebelsstunde
Donnerstag, 13. Januar, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit Thomas Flierl, Ex-Kultursenator von Berlin, über dessen Forschung zur Architektin Margarete Schütte-Lihotzky. Präsenzteilnahme unter club-voltaire.de. Per Video: club-voltaire.de/video
Montag, 17. Januar, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Etikettenschwindel mit Nachhaltigkeit

Kernenergie: „Kritik am grünen Anstrich“, FR-Politik vom 3. Januar

Strom und Wasserstoff aus der Wüste

Wir sollen in Atomstrom investieren, unser Geld in neuen Reaktoren anlegen. Dafür wollen die Atom-Verdiener das grüne EU-Label. Das sei doch gar nicht mehr so gefährlich, und für die Asche, so sagen sie, soll in 30 Jahren auch begonnen werden, Lagerplätze zu finden und zu planen. Bisher liegt die Atom-Asche irgendwo, zwei Fußballfelder voll mehr als 40 Meter hoch, oder die Größe von 800 Einfamilienhäusern, ohne den verseuchten Bauschutt aus dem Abbruch.

Doch die Atom-Verdiener wollen neue Atom-Asche machen! Aber wohin damit? Ja, wie besoffen sind die denn, halten sie uns, wollen uns mit französischem Wein aus Algerien machen? Warum wollen sie das? Seit einiger Zeit wird viel über die Wasserstofftechnik positiv berichtet und u.a. auch im Netz erklärt, in diese Zukunftstechnik zu investieren, also unser Geld in dieser klimagünstigen Technologie anzulegen. Das darf nicht sein, in den Augen der Atomer. Sie müssen dagegen halten mit dem EU-Grünen-Label: Atomstrom aufhübschen für's Klima! Doch das ist zwei Jahrhunderte alte Dampftechnik, wie Holz, Kohle und Gas.

Die bisherige, die weitere Atom Asche und den Bauschutt dürfen wir nicht unseren Enkeln und deren Ur, Ur, Ur vererben, für mehr als eine Million Jahre, länger als homo sapiens auf dem Erdball ist. Das muss vorab, jetzt, von den Atom-Asche-Produzenten gemacht sein.

Nicht meckern, sondern besser machen: Es gibt Wasser- und Windkraft, Solarenergie, und Wasserstoff – doch woher und womit? Der fällt z.B. in Hoechst als Abfall an. Aber den zu machen, braucht's viel Strom, u.a. den von Windrädern, dann, wenn sie wegen Netz-Überkapazität stillstehen müssen. Oder dort, wo viel Wind ist und die Sonne scheint. A propos Algerien. Dort sollten mal Solarparks entstehen, aber der Neo-Kolo-

nialismus des Firmen-Konsortiums hat den Wüstenstaaten nicht gefallen, und die E-Leitungen zur EU seien zu teuer, zu kompliziert. Die Idee, direkt an der Küste mit Sonne und Wind Strom und damit Wasserstoff zu machen, hatten die Firmen nicht oder hat ihnen nicht gefallen,

Nicht nur französischen Wein aus Algerien, sondern auch Strom und Wasserstoff aus der Wüste zu holen, das empfiehlt Hans-Karl Ortmann, Hofheim a.Ts.

Eigentlich schließe jetzt die Stunde der Grünen

Nach Fukushima, also jener Katastrophe, welche die Energiewende endgültig auslöste, wurde tatsächlich vieles in Gang gesetzt, sehr zum Missfallen der Beckmesser, die z.B. Windenergie- und Solaranlagen samt der diese produzierenden Industrie sabotieren. Oder die ihre Leidenschaft für den totgerittenen Gaul namens Kernenergie neu entdecken.

Solche Gegenbewegungen wirken sich erfahrungsgemäß auf die Meinungsbildung in den EU-Gremien aus, ganz besonders auf die EU-Kommission, die deutlicher als das Parlament von nationalstaatlichen Interessen dominiert wird. Frankreich, das wegen seiner falschen Strategie energiepolitisch mit dem Rücken zur Wand steht, und einige Staaten Osteuropas versuchen, das Rad zurückzudrehen, indem sie die Kernenergie als nachhaltig und klimaschonend definieren. Ähnlich wie in der Währungsunion droht ein Desaster. Während sich in letzterer die Interessen der Finanzspekulant und Geldwäscher immer mehr durchsetzen, ist bei der Energie ein totaler Etikettenschwindel zu befürchten.

Eigentlich schließe jetzt die Stunde der Grünen. Jetzt könnten sie beweisen, dass ihnen außer dem Rotlackieren von Radwegen noch Substantielles einfällt und sie dies auch kompromisslos durchsetzen werden. Wenn Robert Habeck beispielsweise vor der Bundespressekonzferenz in einem Neben-

satz äußerte, dass das weitere Engagement der Bundesrepublik in EU und Währungsunion von einem Riesenschritt in Richtung nachhaltiger Energie, Klimaneutralität und gemeinwirtschaftlichen Prinzipien abhängt. Es könnte der lang vermisste Paukenschlag sein, der allen, die uns verdorbenen Wein in neu designten Flaschen verkaufen wollen, zum Einlenken zwänge.

Klaus Philipp Mertens via FR-Blog

Der AKW-Ausstieg erfolgt nicht nur in Deutschland

Es kann natürlich jeder seine Meinung sagen aber der Leserbrief von Manfred Zottmann ist eigentlich völlig falsch. Ich würde sogar sagen: leider. Wenn es möglich wäre, mit AKW-Strom aus Frankreich für das eine oder andere Jahr Unterstützung für den Kohleausstieg 2030 zu bekommen, wäre das ja eine zur Not diskutabile Möglichkeit. Das uns 56 Schrotthaufen in Frankreich retten, wird aber nicht passieren.

Wenn es mal eng wird, müssen wir bisher Frankreich helfen, nicht umgekehrt. Dass der Ausstieg nur in Deutschland erfolgt, ist nicht wahr. Deutschland ist nur so doof, Entschädigung zu zahlen, ähnlich wie bei Kohle, weil man ein Ausstiegsgebot gemacht hat. Das machen andere Länder nicht. Die lassen den Markt das regeln.

In Europa ist es doch so, dass es viele Länder gibt, die nie AKW hatten, aber auch einige, die am Aussteigen sind. Belgien will seine vier AKW bis 2025 abschalten, Spanien mindestens die Hälfte bis 2030, Schweden fährt den Anteil von AKW-Strom seit Jahren runter.

Was mich immer wundert, ist, dass die Planung von einer Handvoll neuer AKW die Schlagzeilen füllt, aber ein ganzer Winter, in dem Frankreich am Rande massiver Versorgungsprobleme steht, in der Öffentlichkeit keine Beachtung findet.

hans via FR-Blog

Diskussion: frblog.de/greenwashing

Das erschöpfte Selbst existiert schon länger

Angst und Aggression in der Pandemie: „Es ist eine Illusion, dass alle zusammenhalten“, FR-Politik vom 31. Dezember

Da sich die Gesellschaft in einer instabilen Lage befindet, werden die Vermutungen und Befürchtungen von Sozialpsychologin Pia Lamberty mit großer Sicherheit auch eintreffen: Psychische Erkrankungen, Vereinsamung, Aggression, Kurzschlusshandlungen, Kontrollverluste und hinzugefügt: die Sehnsucht nach der starken Hand!

Es ist davon auszugehen, dass es eine Illusion bleibt, dass alle zusammenhalten. Das Unbehagen in der (postmodernen) Gesellschaft (siehe Alain Ehrenberg) wächst aus zu dem, wie wir es jetzt erleben. „Das erschöpfte Selbst“ (ebs.) ist schon länger existent. Über Fluch und Segen der rasanten Entwicklung

des Internets keine weiteren Kommentare!

Der Rechtsradikalismus, Gewalt und der Aufstand des Pöbels werden so bald nicht verschwinden. Wir können heilfroh sein, dass wir in einer institutionell doch gefestigten Demokratie leben. Das bewahrt uns vor Schlimmerem (1933).

Politik hat in der Pandemie Fehler gemacht. Aber sie hat nicht versagt! Nur wenn ich ans Schulwesen denke, ist mir nicht wohl. Es wird auf die Bürger und Verantwortungsträger noch viel Arbeit zukommen, d.h. auf die Menschen, die verstanden haben, in dieser noch währenden Krise klaren Kopf zu bewahren und dazu gelernt haben, die

wirklichen Bedrohungen und kommenden Gefahren wahrzunehmen.

Schließlich noch eine Interview-Stelle, in der Pia Lamberty richtigerweise sagt: „Diese Debatte um Polarisierung oder Spaltung kommt immer dann auf, wenn rechtspopulistische Bewegungen erstarken. Die Corona-Pandemie hat sicherlich Grenzlinien sichtbarer gemacht – aber die waren auch schon vorher da.“

Die sozialen Schiefen und die neoliberalen Auswüchse sind schließlich schon lange Thema und schier unlösbar.

Jürgen Malyssek, Wiesbaden

Diskussion: frblog.de/spaltung-2